

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags, der monatliche Bezugspreis durch Postanweisung 2,00 Reichsmark, durch Postgebühren einbezogen 2,20 Reichsmark, durch die Post 2,10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zeitungsgebühr. Einzelne Exemplare 10 Pfennige. Abonnements: Jahrs 20 Reichsmark. Die Postgebühren werden nach Reichs-Postgesetz berechnet; die Zeitungsgebühr 0,25 Reichsmark.

Neues in Kärze.

Bräutliedern und Radiotelegramme.

Nach der Befestigung in Köln, wo er u. a. 100.000 M. für die Erhaltung des Kölner Doms spendete, teilte Hindenburg nach Bonn, wo er zum Ehrenbürger der Universitätsstadt ernannt wurde, dann nach Krefeld, Rheide und Mönchengladbach. Überall wurde er mit der gleichen Begeisterung begrüßt. Gestern abend 10,5 Uhr fuhr er nach Berlin zurück.

Der Herr Reichspräsident hat folgendes Befestigungsgramm an den König von Dänemark geschickt: „Euer Majestät und Ihrer Majestät der Königin bitte ich, meine aufrichtigste Teilnahme anlässlich des Ablebens Ihrer Majestät der Königin-Mutter auszusprechen zu dürfen. a. Hindenburg.“

Der brasilianische Gesandte in Berlin, war gestern im auswärtigen Amt. In parlamentarischen Kreisen will man daraus schließen, daß neue Verhandlungen zwischen Berlin und Rio de Janeiro in der Schwere sind, um bessere Verhandlungen für die Herbeiführung des Völkerverbundes zu schaffen.

Wie aus Genf gemeldet wird, begibt sich Kello Franco, der Vertreter Brasiliens, am Donnerstag nach Rom und Madrid, um für Brasiliens Antrag in der Herbsttagung nach Zuercherung mit Deutschland in (1) Ratifizieren gleichzeitig mit Deutschland für die Unterfertigung der befreundeten Mächte zu verfügen.

Wie der Pariser „Matin“ meldet, sind die Auslandsberichte von einer bevorstehenden Einigung nicht befähigt. Es fehlt immer noch die deutsche Zustimmung zu den Bedingungen, die die französischen Bevollmächtigten auf Grund des Gutachtens des Alliierten Militärrates den deutschen Vertretern unterbreitet hatten. Wenn die deutschen Vertreter zu neuen Versprechungen zurückkehren, sei in Paris unbekannt.

Der Pariser Senat hat den Beginn der Locarno-Debatte auf die Woche nach Ostern anberaumt. Briand wird persönlich die Annahme des Vertrages im Senat verlangen.

Im Ausgange des Senats begründete Poincaré in einflussreicher Rede den Antrag der Rechte, die Ratifizierung des Locarno-Vertrages bis zu Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund auszuschieben.

Aus fast sämtlichen Städten der nordfranzösischen Departements werden Lohnkonditionen der Eisenbahner gemeldet.

Aus Warschau wird gemeldet: Der Ausgange des Seims hat mit allen gegen 50 Stimmen die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten über Genf gebilligt. Der Ministerpräsident verteidigte u. a., Polens Haltung im Herbst werde unverändert sein und zur Wiederherstellung eines unabhängigen (1) Ratifizieren zurückkehren.

Wie die Londoner „Times“ und „Morning Post“ schreiben, heißt die Güte der Verhandlungen in der zweiten und dritten Zone für April unverändert. Aus Brüssel ist die starke Opposition in Kammer und Senat habe Briand die Erleichterungen im Rheinland bis zur Rechtsfähigkeit des Vertrages von Locarno verschoben, die englische Regierung habe sich notgedrungen (?) dieser vorläufigen Stellungnahme angeschlossen müssen.

Die gestrige Sitzung der englischen Arbeiterpartei hat sich mit dem Ergebnis von Genf für unbeschränkt erklärt und gegen eine starke Widerstand die Einbringung einer Interpellation im Unterhaus beschloßen, ohne die Chamberlain'sche Rede abzuwarten. Die Liberalen werden erst nach der Regierungserklärung ihre Stellungnahme beschließen. Lord George nannte am Sonntag in Oxford den Ausgange von Genf einen Wertbruch und eine Demütigung für Deutschland.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat Mussolini angeordnet, daß das in Bologna zu errichtende Denkmal ein italienisches Siegesdenkmal sein soll, auf dem auch die Namen der Tridentiner Landesvertreter Balistini, Gheda und Binci, angebracht werden sollen. Die öffentliche Sammlung für das Denkmal hat bisher über 2½ Millionen Lire ergeben.

Regierungskrisis in Polen?

Im Budgetausgange des polnischen Landtages wurde bei der Beratung des Eisenbahnetats trotz des Widerspruchs des Eisenbahnministers mit den Stimmen der Rechten beschloßen, die Gehälter der Eisenbahngestellten um 5 Prozent zu kürzen. Darauf erklärten die Vertreter der Sozialdemokraten und der Nationalen Arbeiterpartei, an den weiteren Budgetberatungen nicht mehr teilnehmen zu wollen und verließen das Beratungszimmer. Die politischen Weiterungen dieses Falls sind noch nicht absehbar, da die Regierung Krynynski sich auch auf diese beiden Parteien stützt.

Das französische Staatsdefizit.

Die französische Regierung hat dem Finanzausgange der Kammer den Gesetzentwurf für den Ausgange des Budgets bis zum Ende dieses Monats zugehen lassen. Das darin mit 4905 Millionen vorausgesetzte Defizit soll durch Einführung von Krediten und durch Verrückung einiger von der Kammer dargelegener Maßnahmen auf 4534 Millionen herabgeführt werden. Das Defizit soll gedeckt werden durch die von Kammer und Senat bereits angenommenen Steuererhöhungen, durch Erhöhung der Zölle, Posttarife und des Preises für Zündhölzer usw., ferner durch eine Kopfsteuer für bestimmte Klassen der Einkommensteuer und durch Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Proz. für die Dauer eines Jahres. Der Finanzminister erklärte, erst wenn das Budget ausgeglichen und die Frage der interalliierten Schulden geregelt sei, könne man an die Stabilisierung der französischen Währung gehen.

„Autonomie für Elsaß-Lothringen“

Die Tagesausgabe des „Matin“ enthält die folgende Mitteilung: Die Elsaß-Lothringischen Eisenbahner für ältere öffentliche Kundgebung angetreten, die jedoch von der Präfektur verboten worden war. Daraufhin bildeten sie nach der geschloßenen Versammlung in denen auch die Autonomie Elsaß-Lothringens geordert wurde, einen Zug, der mit Polizei und Kanallerie zulammenhielt, die von den Manifestanten mit Steinen beworfen worden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Ein Dragoner und ein Gendarm wurden verletzt.

Studienreise des ungarischen Dorfbundes nach Deutschland.

Die Leitung des ungarischen Dorfbundes beschloß, die Reise seiner Studienreisen im Mai mit einer Reise nach Deutschland und Oesterreich fortzusetzen. Die Teilnehmer werden voraussichtlich

Berlin, Halle, Leipzig, Erfurt, Frankfurt (Main), München, Galtburg, Uitz und Wien besuchen, die Landgüter und landwirtschaftlichen Betriebe, Genossenschaftlichen und Pflanzenzüchtungsinstitute, Kanalarbeiter, und Bewässerungsanlagen in der Umgebung der genannten Städte besichtigen. Die Teilnehmer werden dem Reichspräsidenten von Hindenburg, dem preussischen und dem bayerischen Landwirtschaftsministerium Ehrenbezeugungen abgeben.

Neue Steuervorlage der Reichsregierung.

In der Montagssitzung des Steuerausganges des Reichstages teilte Reichsfinanzminister Dr. Reinfold mit, daß als Ergebnis von Verhandlungen, die am Sonnabend und Sonntag mit den Regierungsparteien stattgefunden haben, die Regierung ihre Steuervorlage in der Weise abgeändert hat,

daß die Umsatzsteuer nicht auf 0,6, sondern nur auf 0,7½ Prozent ermäßigt, die Einkommen- und die Schenkungssteuer vollständig aufgehoben und die Erhöhung der Biersteuer bis zum 1. Januar 1927 verschoben werden soll. Außerdem soll bei der Vermögenssteuer eine Erleichterung für die kleinen Vermögen eintreten. An der vollständigen Aufhebung der Zugsteuer zum 1. April wird festgehalten.

Die Verhandlungen der Regierungsparteien über die endgültige Fassung des Steuerkompromisses endigte gestern abend mit dem Ergebnis, daß das Kompromiß von den Ausschussmitgliedern der betroffenen Parteien unterschrieben wurde. Dr. Reinfold wird also bei der am Dienstag früh beginnenden Beratung des Steuerausganges die Regierungsparteien einmütig hinter seinen neuen Vorschlägen haben.

Die Beantwortung, die der Reichstag der Reichsfinanzminister und des Reichsaussenministers mit den parlamentarischen Abgeordneten Hermann Müller, Dr. Hilferding und Dr. Herz nach der Finanzsitzung im Reichstage hatten, verlief erfolglos, da die sozialdemokratischen Abgeordneten erklärten, daß sie in dem Steuerkompromiß eine Verschlechterung der ursprünglichen Steuerabstimmung der Regierung sehen und sie es daher ablehnen müßten.

Was die Faltung der Deutschnationalen zu dem Steuerkompromiß anbelangt, so lautet der „Kölnischer Anzeiger“ zu wissen, daß die Deutschnationale Volkspartei keine Meinung äußerte, das Hin und Her der Steuerpolitik des Reichsfinanzministers unbelieben nachzumachen. Gegenüber einer einst. Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, aus dem umfangreichen Kompromiß einzelnen Steuerermäßigungen zuzustimmen, betont das „Berliner Tageblatt“, daß sowohl die Reichsregierung als auch die Regierungsparteien das Steuerkompromiß als ein gefälliges Ganzes betrachten.

Opposition?

Im Reichstag große Opposition gegen Dr. Luther und Dr. Stresemann wegen ihres Verhaltens in Genf. Es wird Zurückweisung des Antrages auf Aufnahme in den Völkerverbund usw. verlangt. Ist dieses Verlangen und die ganze Opposition richtig und klug, dient sie dem Ansehen und Interesse der Nation gegenüber den anderen Nationen und weiß sie einen besseren Weg zu diesem Ziele anzugeben?

Regierungswärtigen wie uns zunächst kurz die außenpolitische Lage: Gestern erhielt ich aus Paris einen Brief, der mit folgenden Worten beginnt: „Der Ausgange der Genfer Tagung ist eine der größten Schlappen, die die französische Politik seit Jahren erhalten hat. Begründet wird diese Ansicht unter Hinweis auf die Stimmung der Mehrheit des französischen Volkes damit, daß Frankreich jetzt völlig isoliert sei und dies in einer Zeit immer unlosbarer Finanzkrisis. England lie verärgert und im Grunde wegen der ersten Mittelmeergerichte läßt ein Feind Frankreichs. Polen lie enttäuscht, Spanien und die Tschechoslowakei getraut, weil Frankreich ihre Wünsche denen Polens sperrt wehrt, Italien und Jugoslawien geben für zwar der Teilhaber, gerade jetzt aber keine Unterstützung zu geben, seien aber nicht bereit, sich an der Lösung der europäischen Krise zu beteiligen.“

In England und Frankreich heute einen außerordentlich großen Eindruck. Nicht nur in England, sondern auch in den anderen Ländern, die sich an der Lösung der europäischen Krise beteiligen. In den Vereinigten Staaten besteht in der Folge ein Eindruck, daß die Verhandlungen des Völkerverbundes ein großer Erfolg sind.

Die Beteiligung über die Unpersönlichkeit und den Mangel an gutem Willen der Alliierten gegenüber Deutschland, und die Verleumdung wird sicher nicht gemindert durch geradezu unerhörte Angriffe, die französische und italienische Zeitungen gegen Houghton richteten, weil er es gewagt hat, der Böswilligkeit Frankreichs, der Chamberlain und Mussolini nachzugeben, die Schuld am Scheitern der Genfer Verhandlungen zuzuschreiben.

Insgesamt kann man feststellen, daß außer einigen Polen fast die ganze Welt mit dem Misserfolg von Genf außerordentlich unzufrieden ist, daß England wie Frankreich an Ansehen und Beliebtheit sehr verloren und Deutschland an Ansehen gewonnen hat.

Man kann durchaus der Ansicht sein, daß die bisherige Außenpolitik der Regierung Luther ein außerordentlich gefährliches Abenteuer war, weil sie von der Zeit in Genf ja widerlegten Irrigen Grundannahme ausging, daß nicht nur unsere Vorkämpfer, sondern auch die fremden Nationen eine gleiche gegenseitige Ausrichtung müßten. Man kann auch durchaus der Ansicht sein, daß die außerordentlich großen, weit über Verhältnisse hinausgehenden deutschen Zugeständnisse in Locarno ohne entsprechende Gegenleistung geblieben sind, daß wir viel mehr hätten erzielen können und also Locarno eine schwere diplomatische Niederlage war. Selbst das kann man durchaus festhalten, daß die Zugeständnisse an Frankreich-Polen im Falle der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund uns von vornherein eine ganz schlechte Stellung in diesem Bunde gegeben, und hat eines Fortschritts einen weiteren und sehr schweren Überstoß unserer Außenpolitik bedeutet hätten.

Und trotzdem kann man, die folgenden Anträge der Deutschnationalen und Reichstages für verfehlt

halten, denn die Lage vor Genf und die Lage nach Genf ist eine völlig andere. Und es handelt sich überhaupt nicht darum, wer bisher recht hatte und was bisher hätte erreicht werden können, sondern was jetzt, auf Grund der neuen Lage, erreicht werden kann.

Angenommen, die Opposition setzte sich durch, der Antrag auf Aufnahme in den Völkerverbund würde zurückgewiesen: was dann? Dann würden wir uns zunächst einen großen Teil der Sympathien verschieren, die wir in Genf durch die Empörung der friedlich denkenden Welt über die üblichen Ränke der Franzosen und ihres Anhangs, sowie Chamberlains, gewonnen haben. Besonders die Amerikaner — die uns als stärkste Weltmacht heute noch weniger gleichgültig sein dürfen als vor ihrem Eintritt in den Weltkrieg — würden erklären: Da sieht man ja, daß die Deutschen genau so unerbittlich wie die „Sieger“ sind. Und den Nationalisten in den Freiesländern würden wir Wasser auf ihre Mühlen liefern. Welche politischen Vorteile und Gewinn aber würde die Nichtunterfertigung haben? Gar keinen. Und vor allem: welche Politik, wird uns verbleiben, wenn wir eine Nichtunterfertigung nicht abgeben? Kein Mensch in der weiten Welt erwartet jetzt von dem einwilligen und lochen in Genf gegenüber den Raub- und Intrigenaktionen glänzend gerechtfertigten Deutschland, daß es überhaupt irgend etwas einstellendes tut. Sondern das Selbstgehende ist jetzt Sache der härteren Mächte. Besonders der Amerikaner, dessen Außenpolitik in Genf völlig gesammtermaßen ist, muß man schonungslos ihre Stellungnahme bezüchten. Frankreich muß seine Beziehungen zu dem jetzt enttäuschten England, zu Italien und dem Vatikan völlig neu ordnen und besonders zu Amerika, das sich gegenüber von der gegenseitigen Schuldhaftigkeit mit Würdigung der „Siegerstaaten“, ganz von Europa zurückziehen, und damit den französischen Französisch selbst zu überlassen und also ins Bodenlos stürzen zu lassen droht. Keinliches gilt von allen übrigen einflussreichen Feinden.

Ein großes, tiefenfassendes und schlemmes Neuordnen aller Weltbeziehungen der Alliierten muß jetzt anheben. Denn das ist doch das ungeheure wichtige, entscheidende Ergebnis von Genf: daß die große Entente des Weltkrieges, der Weltbund gegen Deutschland, zerlegt hat und zerbrochen ist, daß eine Einigung, wie sie bisher immer wieder gegen Deutschland zustande kam, nicht mehr möglich war (denn Genf ist ja nicht an uns, sondern an den Gegenüber der anderen gefeiert) und daß Amerika sich von Westeuropa zurückzieht.

Was soll da in diesem Augenblick ein so offenes, zu neuer Einigung der Alliierten herausforderndes Schritt wie die Rücknahme des deutschen Aufnahmefähigkeit? Der Völkerverbund ist ja sowieso tot, ist jetzt in Genf gefordert. Er kann hauptsächlich wiederbelebend werden, aber nur als ein neues, heute dieses Weltens mit ihm an dem abzuhängen, heute schon, ehe wir wissen, ob er überhaupt neu entsteht und wie er aussehen wird. Und wenn wir es tun: gewinnen wir dadurch etwas irgend einen Machtzuwachs oder irgendein Bündnis, etwa mit England, oder mit Frankreich oder mit Italien, oder mit Russland oder gar mit Amerika?

Ist es nicht viel klüger, jetzt schon den Mund zu halten, wo die anderen sich blamieren und gegenjenseitig in die größten Schwierigkeiten gebracht haben? Mögen sie sich abwageln, wir sehen ruhig zu, decken unsere Karten nicht auf und warten ab, bis der Augenblick für uns gekommen ist.

Das einzige, was wir jetzt tun können und tun sollten, wäre, hinter die schwere Berüstung Amerikas über die englisch-französischen Ränke hinterzucken, uns die Sympathie und Unterstützung der härtesten Weltmacht zu sichern und gemeinsam mit ihr an der diplomatischen Unschädlichmachung der maßgebenden Rufführer zu arbeiten. Durch Amerika haben wir den Krieg verloren, jetzt können wir durch Amerika, das Frieden in Europa will und das Wilsons Friedensgrundsätze durchaus noch nicht ganz vergessen hat, den Frieden gewinnen. Ja, darüber hinaus können wir vielleicht für die Amerikaner die Brücke nach Sowjetrußland werben, was ihnen und uns Erleichterung in die Enttäuschungen mit Westeuropa bieten könnte.

Der bisherige Völkerverbund und damit auch der Antrag auf Eintritt sind erledigt. Statt noch einmal totzuschlagen, was schon tot ist und was dadurch Sympathien zu verschieren und unseren Feinden neue Angriffspunkte zu geben, ist es wichtiger und richtiger, eine möglichst breite gemeinsame Front zu bilden. Dann kann die jetzt beginnende Zeit der großen Neuordnung der politischen Beziehungen der europäischen Staaten uns Gewinn bringen, die wir heute noch kaum zu hoffen wagen. Dr. D. C. G.



